

Interkulturelle Studien

Wolf-Dietrich Bukow · Markus Ottersbach
Sonja Preissing · Bettina Lösch

Partizipation in der Einwanderungs- gesellschaft



Springer VS

Interkulturelle Studien

Herausgegeben von

G. Auernheimer,

W.-D. Bukow,

Ch. Butterwegge,

J. Reuter,

H.-J. Roth,

Köln, Deutschland

E. Yildiz, Klagenfurt, Österreich

Interkulturelle Kontakte und Konflikte gehören längst zum Alltag einer durch Mobilität und Migration geprägten Gesellschaft. Dabei bedeutet Interkulturalität in der Regel die Begegnung von Mehrheiten und Minderheiten, was zu einer Verschränkung von kulturellen, sprachlichen und religiösen Unterschieden sowie sozialen Ungleichheiten beiträgt. So ist die zunehmende kulturelle Ausdifferenzierung der Gesellschaft weitaus mehr als die Pluralisierung von Lebensformen und -äußerungen. Sie ist an Anerkennungs- und Verteilungsfragen geknüpft und stellt somit den Zusammenhalt der Gesellschaft als Ganzes, die politische Steuerung und mediale Repräsentation kultureller Vielfalt sowie die unterschiedlichen Felder und Institutionen der pädagogischen Praxis vor besondere Herausforderungen: Wie bedingen sich globale Mobilität und nationale Zuwanderungs- und Minderheitenpolitiken, wie geht der Staat mit Rassismus und Rechtsextremismus um, wie werden Minderheiten in der Öffentlichkeit repräsentiert, was sind Formen politischer Partizipationen von MigrantInnen, wie gelingt oder woran scheitert urbanes Zusammenleben in der globalen Stadt, welche Bedeutung besitzen Transnationalität und Mehrsprachigkeit im familialen, schulischen wie beruflichen Kontext?

Diese und andere Fragen werden in der Reihe „Interkulturelle Studien“ aus gesellschafts- und erziehungswissenschaftlicher Perspektive aufgegriffen. Im Mittelpunkt der Reihe stehen wegweisende Beiträge, die neben den theoretischen Grundlagen insbesondere empirische Studien zu ausgewählten Problembereichen interkultureller als sozialer und damit auch politischer Praxis versammelt. Damit grenzt sich die Reihe ganz bewusst von einem naiven, weil kulturalistisch verengten oder für die marktförmige Anwendung zurechtgestutzten Interkulturalitätsbegriff ab und bezieht eine dezidiert kritische Perspektive in der Interkulturalitätsforschung.

Herausgegeben von

Prof. Dr. Georg Auernheimer,
Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow,
Prof. Dr. Christoph Butterwege,
Prof. Dr. Julia Reuter,
Prof. Dr. Hans-Joachim Roth,
Universität zu Köln,
Deutschland

Prof. Dr. Erol Yildiz
Alpen-Adria-Universität Klagenfurt,
Österreich

Wolf-Dietrich Bukow • Markus Ottersbach
Sonja Preissing • Bettina Lösch

Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft

Prof. Dr. Wolf-D. Bukow
Universität Siegen, Deutschland

Sonja Preissing
Universität Köln, Deutschland

Prof. Dr. Markus Ottersbach
Fachhochschule Köln, Deutschland

Dr. Bettina Lösch
Universität Köln, Deutschland

ISBN 978-3-531-19842-2
DOI 10.1007/978-3-531-19843-9

ISBN 978-3-531-19843-9 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	7
<i>Wolf-D. Bukow, Bettina Lösch, Markus Ottersbach und Sonja Preissing</i>	
Die Frage nach zivilgesellschaftlicher Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel des Stadtteils Köln-Kalk.....	13
<i>Wolf-D. Bukow, Markus Ottersbach und Sonja Preissing</i>	
Ein Ereignis im Stadtteil und viele kontroverse Perspektiven: Analysen zu dem Geschehen im Januar 2008 in Köln-Kalk.....	27
<i>Sonja Preissing</i>	
Über die Schwierigkeiten einer Stadtgesellschaft, sich in der Postmoderne auf einen zunehmend globalisierten Alltag einzustellen.....	69
<i>Wolf-D. Bukow</i>	
Jugendproteste als Form politischer Artikulation. Wer partizipiert an Demokratie und wer ist berechtigt zur Politik?.....	107
<i>Bettina Lösch</i>	
Zivilgesellschaftliche Partizipation Jugendlicher – Eine Herausforderung für die Soziale Arbeit.....	133
<i>Markus Ottersbach</i>	
Verpasste Chancen? Diskussion zu den ‚Kalker Ereignissen‘	159
<i>Wolf-D. Bukow, Bettina Lösch, Markus Ottersbach und Sonja Preissing</i>	
Literatur	179
Autorinnen und Autoren	189

Einleitung

*Wolf-D. Bukow, Bettina Lösch, Markus Ottersbach und
Sonja Preissing*

Köln-Kalk ist ein Stadtteil, dessen Entstehungs- und Entwicklungsprozesse durch Migration und Industriegeschichte gekennzeichnet sind. Das spiegelt sich auch in der Bevölkerungsstruktur des Stadtteils wieder, die heterogen und durch Diversität geprägt ist.

Dazu passen die ‚Kalker Ereignisse‘ von 2008: Anfang des Jahres 2008 gehen nach dem Tod eines Jugendlichen vor allem junge Kalkerinnen und Kalker mit Migrationshintergrund über mehrere Tage gegen ihre Benachteiligung in der Einwanderungsgesellschaft auf die Straße. Dazu finden Demonstrationen, spontane Treffen, Sitzblockaden, Mahnwachen, Diskussionsrunden und weitere Aktionen statt, um in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu erregen.

Die Ereignisse werden alsbald in den Medien auf städtischer, regionaler und nationaler Ebene diskutiert. Neben Jugendlichen und jungen Erwachsenen schalten sich noch viele andere Personen und Gruppen in die Ereignisse ein: Vertreterinnen und Vertreter der Medien, Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger aus der lokalen Politik, einzelne soziale und kulturelle Vereine, religiöse Einrichtungen, Jugendeinrichtungen und die Polizei.

Heute, nur wenige Jahre später, scheint sich Manches geändert zu haben: Der Wohn- und Lebensraum des rechtsrheinisch zentrumsnah gelegenen Stadtteils Köln-Kalk wird zunehmend für Studierende, Akademikerinnen und Akademiker, Künstlerinnen und Künstler u.v.m. attraktiv. So haben sich im Stadtteil beispielsweise ein Autonomes Zentrum, das „AZ Kalk“ und zahlreiche Kunstateliers und -projekte angesiedelt. Initiativen wie die „Bürgerinitiative Kalkberg“, die sich gegen Lärmbelästigung durch einen drohenden Hubschrauberlandeplatz auf dem sogenannten Kalkberg im Stadtteil einsetzt, werden im Stadtraum sichtbar. Darüber hinaus setzen sich weitere, durch Stiftungsgelder finanzierte Stadtteilprojekte wie das von den Montag-Stiftungen finanzierte Projekt „KALKschmiede“, die sich mit der Wohnraumgestaltung im Kalker Norden beschäftigen, mit Köln-Kalk auseinander. Und man liest:

„Seit ein paar Jahren gilt Kalk als the next big thing. Der einstige Industriestandort wird von vielen als neues Ehrenfeld gehandelt. Die Vorteile liegen auf der Hand: vergleichsweise günstige Mieten, viel Leerstand, gute Verkehrsanbindung. Gleich-

zeitig gilt Kalk als Problemviertel: Die Arbeitslosenquote ist hoch, die Zahl der armen Kinder alarmierend. Wie ist das Leben zwischen Shopping Mall, Designerbüros, Autonomem Zentrum und Jugendlichen, die nicht wissen, was sie tun sollen?" (Stadtrevue (o. V.) 2011, S. 29)

Wie bereits mit dem Ausschnitt aus dem Zeitungsartikel deutlich wird, sind die Chancen im Stadtteil nicht gleich verteilt. Die Perspektiven der Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund sind bspw. in Bezug auf die Bereiche Bildung und Erwerbsarbeit in dem Stadtteil weiter stark eingeschränkt. Aber hat sich nicht doch einiges verändert? Ist der Stadtteil nicht auf einem guten Weg? Wir wollten es genauer wissen. Unser Interesse lag darin, zu untersuchen, welche Auswirkungen die ‚Kalker Ereignisse‘ hatten und ob die Anliegen der Demonstrantinnen und Demonstranten in der weiteren Stadtentwicklung aufgegangen sind. Deshalb haben wir nach den ‚Kalker Ereignissen‘ überlegt, uns mit den Vorgängen im Rahmen eines Feldforschungsprojektes zu beschäftigen: Welche Nachwirkungen haben die ‚Kalker Ereignisse‘ tatsächlich gehabt und was sind die Gründe dafür?

Uns hat besonders interessiert, auf welche Art und Weise die verschiedenen Akteurinnen und Akteure an dem Geschehen beteiligt gewesen und welche Prozesse im Stadtteil in Gang gebracht worden sind. Unser Ziel war es, unterschiedliche Perspektiven zu berücksichtigen. Wir haben zunächst die Geschehnisse in dem Stadtteil Köln-Kalk Anfang des Jahres 2008 rekonstruiert und daran anknüpfend die unmittelbaren Nachwirkungen der Proteste analysiert. Im Anschluss daran sind wir der Frage nach den Erfolgen zivilgesellschaftlicher Partizipation nachgegangen, wobei uns die Ereignisse in Köln-Kalk als Exempel dienten.

Was die Forschungsmethoden betrifft, sind wir während der Projektphase immer wieder vor Ort gewesen und haben viele informelle Gespräche geführt. Weiter haben wir die einschlägigen Medienberichte analysiert und im Zusammenhang mit den Ereignissen entstandene Internetdokumente ausgewertet. Daneben wurden nach den Regeln der qualitativen Sozialforschung leitfadengestützte Interviews durchgeführt und später ausgewertet. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch Gruppendiskussionen mit Akteurinnen und Akteuren aus dem lokalen Raum, die aus unterschiedlichen Kontexten stammen. Auf diese Weise konnten wir ein breites Bild über die Zeit nach den Ereignissen gewinnen.

Um einen Eindruck davon zu bekommen, wie man in der lokalen Öffentlichkeit die ‚Kalker Ereignisse‘ in der Rückschau einordnet und wie man sie deutet, haben wir einen Workshop im Stadtteil durchgeführt, zu dem wir vor allem Schlüsselpersonen aus dem kommunalen Umfeld eingeladen haben. Dort wurden die ersten Ergebnisse vorgestellt und eine intensive Diskussion begonnen. Die Beteiligten des Workshops haben dann in Arbeitsgruppen zu verschie-

denen Themenschwerpunkten diskutiert. Die Resultate der Debatte haben wir dokumentiert. Sie sind in diesem Band mit enthalten.

Nach dem vorläufigen Abschluss unserer Arbeit haben wir noch einmal alle interessierten Kalker Bürgerinnen und Bürger ins „Kalker Bürgerzentrum“ eingeladen, über unsere Befunde berichtet und diskutiert. Die dort referierten Befunde haben als Grundlage für die Beiträge im Sammelband gedient. Die Projektergebnisse wurden schwerpunktmäßig von Sonja Preissing (Projektmitarbeiterin, Universität zu Köln und Fachhochschule Köln) präsentiert. Aus soziologischer Perspektive hat Wolf-Dietrich Bukow (Projektleitung, Universität zu Köln) Stellung bezogen, aus der Perspektive der Sozialen Arbeit argumentierte Markus Ottersbach (Projektleitung, Fachhochschule Köln) und die politikwissenschaftliche Analyse hat Bettina Lösch (Politikwissenschaftlerin, Universität zu Köln) beigesteuert.

Das Projekt selbst wurde von März 2010 bis Juni 2011 von der „RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf/ Wissenschaft“ gefördert und in Kooperation zwischen der Universität zu Köln, dem Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften, hier der Forschungsstelle für interkulturelle Studien, *FiSt* und der Fachhochschule Köln, hier dem Institut für interkulturelle Bildung und Entwicklung, realisiert. Der Workshop wurde durch „*Alumni* – Freunde und Förderer der Universität zu Köln e.V.“ sowie das Institut für interkulturelle Bildung und Entwicklung der Fachhochschule Köln unterstützt. Die Abschlusstagung haben wir in Kooperation mit der „RosaLuxemburgStiftung NRW“ durchgeführt und sind daneben vom „Verein für Angewandte Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Köln“ (*VAS*) unterstützt worden. Ohne diese breite Unterstützung wäre die Arbeit nicht möglich gewesen.

Ein weiterer Dank gilt der Universität Siegen, hier dem Forschungszentrum Siegen *FoKoS* für die finanzielle Unterstützung bei der Erstellung der Publikation. Das gibt auch Anlass, Hanna Obert für die Mitarbeit und die kritische Lektüre des Buchprojekts zu danken.

An dieser Stelle möchten wir aber auch den Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern danken, die bereit waren, mit uns ein Interview durchzuführen. Außerdem danken wir allen Akteurinnen und Akteuren aus dem Stadtteil, die uns Informationen gaben und Materialien zur Verfügung stellten. Ein besonderer Dank geht an die Teilnehmenden des Workshops und der Abschlusstagung des Projekts. Selbstverständlich haben wir uns darum bemüht, unsere Gesprächspartner zu schützen. Sie sind deshalb anonymisiert worden. Bei Vertreterinnen und Vertretern des öffentlichen Lebens sind wir dieser Regel nicht gefolgt, haben hier aber nur Aussagen verwendet, die öffentlich kundgetan wurden und in den Medien oder anderen Verlautbarungen dokumentiert sind. Wir haben dabei

auch manche kritische Einschätzung vorgenommen. Wir würden uns freuen, wenn es nicht bei einer wissenschaftlichen Abschlussdokumentation bliebe, sondern wir im Sinn angewandter Forschung auch etwas zur Stadtentwicklung beitragen könnten.

Welche Wirkungen und vor allem welche Nachwirkungen haben die ‚Kalker Ereignisse‘ tatsächlich gehabt? Und welche Gründe waren und sind dafür ausschlaggebend? Darum geht es in den folgenden Texten:

In dem ersten Beitrag von *Wolf-D. Bukow, Markus Ottersbach und Sonja Preissing* wird die Idee zu dem Forschungsprojekt, nämlich zu der Frage nach zivilgesellschaftlicher Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel des Stadtteils Köln-Kalk vorgestellt. Die Autoren und die Autorinnen stellen hier die Stadtteilstudien sowie deren Hintergrund und Kontext vor.

Daran anknüpfend stellt *Sonja Preissing* in ihrem Artikel die zentralen Ergebnisse zu der Stadtteilstudie vor. Darin werden nicht nur widersprüchliche Perspektiven auf das Geschehen, sondern auch unterschiedliche Interessenlagen und die asymmetrische Machtverteilung im Stadtteil deutlich. Die Autorin zeigt auf, wie auf der einen Seite eine Minderheit im Stadtteil ihre Rechte sowie gesellschaftspolitische Partizipation einfordert und wie auf der anderen Seite seitens der kommunalen Verwaltung und der Polizei auf die Protestaktionen reagiert wurde. Hierbei werden sehr unterschiedliche Deutungen und Umgangsweisen sichtbar.

In der Analyse von *Wolf-D. Bukow* geht es um die Einschätzung der zwischen den Beteiligten geführten Auseinandersetzungen. Es zeigt sich schnell, dass die Jugendlichen und Heranwachsenden und die Vertreter und Vertreterinnen der Kommune nicht nur eine unterschiedliche ‚Sprache‘ sprechen, sondern sogar systematisch aneinander vorbei reden. Die dabei bestimmende Systematik hat weniger mit dem Stadtteil als vielmehr mit der aktuellen Einwanderungspolitik zu tun. Die Pointe besteht darin, dass die einen sagen, „Wir sind Kalker Jungs“ und die anderen sagen, „Ihr seid unintegrierte Fremde“.

Bettina Lösch befasst sich mit der Frage, ob es sich bei den Ereignissen auch um eine Form politischer Artikulation der Jugendlichen gehandelt hat. Aktuelle Jugendstudien beklagen immer wieder die Politikdistanz oder gar -verdrossenheit von Jugendlichen, wobei die Defizite hier gerne bei den Jugendlichen selbst vermutet werden. Wie sieht es jedoch aus, wenn man genauer betrachtet, was Jugendliche sozial bewegt und was sie politisch äußern? Und was sind die strukturellen Gründe, die gegenwärtig zur Skepsis und Kritik gegenüber etablierten politischen Formen führen?

Danach analysiert *Markus Ottersbach* die Kalker Ereignisse als eine Form der zivilgesellschaftlichen Partizipation Jugendlicher, die eine neue Herausforde-

rung für die Soziale Arbeit darstellt. Er rekonstruiert zunächst noch einmal den Umgang der Vertreterinnen und Vertreter der Behörden und der Sozialen Arbeit mit den Protesten der Jugendlichen. Anschließend wird das Verhältnis von Sozialer Arbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement im Allgemeinen und eine Analyse des spezifischen Verhältnisses der Sozialen Arbeit und der politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher präsentiert. Eigene Empfehlungen zur Förderung der politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher durch die Soziale Arbeit und ein Fazit, in dem vor den Gefahren einer entpolitisierten Sozialen Arbeit gewarnt und für die Förderung weiterer Studien zur politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher geworben wird, runden den Beitrag ab.

Der letzte Beitrag *Verpasste Chancen? Diskussion zu den ‚Kalker Ereignissen‘* dient dazu, noch einmal gemeinsam die wichtigsten Folgerungen zu diskutieren. Dabei zeigt sich, dass trotz der fachlich wie methodisch sehr unterschiedlichen Zugangsweisen eine sehr hohe Übereinstimmung hinsichtlich der Ergebnisse besteht. Man kann dieses Ergebnis als einen Kommentar dazu betrachten, wie schwer es einer Kommune fällt, ihre Vorstellungen zur ‚Integration‘ wirklich umzusetzen. Man kann dieses Ergebnis aber auch als eine Aufforderung an die Kommune verstehen, sich ihrer seit Jahrhunderten entwickelten und immer wieder verschütteten Fertigkeit im Umgang mit Mobilität und Vielfalt zu erinnern und ihr Selbstverständnis als globalisierte Stadtgesellschaft dementsprechend souverän und zukunftsorientiert zu reformulieren.

Die Frage nach zivilgesellschaftlicher Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel des Stadtteils Köln-Kalk

Wolf-D. Bukow, Markus Ottersbach und Sonja Preissing

Wenn man sich moderne, fortgeschrittene Industriegesellschaften anschaut, so erkennt man sehr schnell, dass sie von einem beschleunigten Wandel geprägt sind, der vor allem auch Fragen einer angemessenen politischen Partizipation der Bevölkerung bzw. der Einbeziehung sozialen Kapitals, wie das Robert Putnam in seiner wegweisenden Studie über „Gesellschaft und Gemeinsinn“ (2001) forderte, aufwerfen. Angesichts zunehmender Migration und Mobilität wird somit die für ein funktionierendes Zusammenleben der Bevölkerung notwendige politische Beteiligung der Menschen in der Stadtgesellschaft zu einer besonderen Herausforderung (vgl. Bukow 2010a). Die Frage nach Partizipation(smöglichkeiten) und nach Partizipationsformen stellt sich dabei insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund, die über kein Wahlrecht verfügen. Allerdings geht es nicht nur um die Beteiligung an der Zusammensetzung des repräsentativen politischen Systems, sondern auch um zivilgesellschaftliche Partizipation im Sinne eines Engagements jenseits der Parteien und der „großen“ Politik. Plastisch wird das bei solchen Stadtgesellschaften, wie sie beispielsweise Köln darstellt. Die allochthone Bevölkerung steht hier zum einen für einen schnellen Wandel und zum anderen zugleich für eine Bevölkerungsgruppe, die sich oft über mehrere Generationen hinweg nur unzureichend in die Gesellschaft eingebunden sieht.

Folgerichtig wurden in den letzten Jahren vermehrt Anstrengungen unternommen, neue Partizipationsformen zu schaffen, um die allochthone Bevölkerung besser einzubinden. Speziell in NRW hat man zu diesem Zweck schrittweise Integrationsbeiräte eingerichtet (vgl. hierzu auch Ottersbach 2004b).

Auch in Köln wurde ein derartiger Integrationsbeirat gewählt. Es hat sich allerdings gezeigt, dass solche, traditioneller Partizipation angenäherter Beteiligungsformen, nur sehr begrenzt erfolgreich sind, weil sie keine ausreichende Partizipation schaffen und schnell in paternalistische Fahrwasser geraten. Neben diesen institutionsnahen Versuchen hat man schon bald begonnen, eher informelle Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen. In „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungs-

bedarf¹ wie Köln-Kalk wurden beispielsweise lokale Initiativen angestoßen, Vereine, Geschäftsleute, Interessensgruppen usw. wurden zu einem runden Tisch eingeladen und Kinder- und Jugendforen gegründet (Bukow/Spindler 2000).

Freilich hat sich gezeigt, wie ein genauerer Blick auf solche Stadtteile wie Köln-Kalk belegt, dass auch auf diese Weise nur sehr begrenzt Verbesserungen erreicht werden konnten². Damit wird die Perspektive auf ein Stadtquartier gelenkt, in dem sich traditionelle Formen der Partizipation angesichts der zunehmenden Einwanderung von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit schon früh als ungenügend erwiesen haben. Als es um die Bewältigung der Entindustrialisierung des Quartier³ ging, hat man dieses Stadtquartier⁴ etwa zehn Jahre (von 1994-2004) lang gefördert und dabei auch neue Formen der Bürgerbeteiligung („Kalk-Programm“) berücksichtigt, diese aber vor allem auf die autochthone Bevölkerung ausgerichtet. Die Mobilisierung der Zivilgesellschaft *top down* trifft immer wieder auf Barrieren und erreicht die breite Bevölkerung, jedoch die allochthonen Menschen nur sehr selten. Tatsächlich verfügt der Stadtteil aber

-
- 1 Von 1999 bis 2011 existierte das von der Bundesregierung und den Bundesländern gemeinsam aufgelegte Programm mit dem Titel „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“. Es ging auf ein vom Land NRW 1993 gestartetes Programm mit dem Titel „Integriertes Handlungsprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ zurück, dessen Vorbild wiederum neue Ansätze der Stadterneuerung in europäischen Nachbarländern und die Aktivitäten einiger Kommunen in NRW zur Unterstützung von Stadtteilen im Strukturwandel waren (vgl. http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/glossar/stadtteile_erneuerung.php). Bis 2011 wurden in Deutschland im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ insgesamt 603 Gebiete in 374 Städten und Gemeinden gefördert (vgl. http://www.staedtebaufoerderung.info/nn_512334/StBauF/DE/SozialeStadt/Foerderung_2011/Foerderung2011.html). Ziel des Programms war, „endogene Kräfte in den Stadtteilen und insbesondere in den Stadtquartieren zur Gestaltung des Strukturwandels zu nutzen und so eine stabilisierende Entwicklung zu initiieren“ (vgl. ebd.). Seit 2012 heißt das Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“. Im Vordergrund stehen nun „städtebauliche Maßnahmen in das Wohnumfeld, in die Infrastruktur und in die Qualität des Wohnens“ (vgl. http://www.staedtebaufoerderung.info/sid_925CE375DA8F0B27778C5C9F99D4D0FE/nsc_true/StBauF/DE/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html?_nnn=true). Zudem gab es von 1999 bis 2006 ein speziell für Jugendliche entwickeltes Programm mit dem Titel „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“, kurz „E&C“. Auch hier ging es um die Förderung der sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration junger Menschen in marginalisierten Quartieren.
 - 2 Studien (vgl. z.B. Lang 2009, S. 278) belegen zudem, dass gerade der Möglichkeiten der Partizipation allochthoner Kinder und Jugendlicher durch das Programm nur unzureichend realisiert werden konnten.
 - 3 In Deutschland erzeugte eine auf Arbeiter und Arbeiterinnen ausgerichtete Anwerbepolitik angesichts der sich fast gleichzeitig ausbreitenden Entindustrialisierung eine ungleichzeitige Entwicklung, deren Folgen bis heute in Quartieren wie Köln-Kalk zu spüren sind.
 - 4 Der Stadtbezirk Köln-Kalk (Bezirk 8) umfasst die Quartiere Brück, Höhenberg, Humboldt/Gremberg, Kalk, Merheim, Neubrück, Ostheim, Rath/Heumar und Vingst. Hier geht es nur um den ursprünglichen Stadtteil Kalk selbst.

über eine engagierte allochthone Bevölkerung, wie wir aus eigenen früheren Untersuchungen wissen (Bukow/Spindler 2000). Da diese Bevölkerungsgruppe kaum beteiligt wurde, konnten auch ihre Interessen weder wahrgenommen noch berücksichtigt werden. In der Folge zeigte sich, dass die grundlegenden Probleme der Quartiersentwicklung so nicht zu lösen waren. Und wenn man bedenkt, dass damit mehr als ein Drittel der Bevölkerung von jeder Form der Partizipation ausgeschlossen ist, sich also weder im institutionalisierten politischen Kontext noch im zivilgesellschaftlichen Rahmen beteiligen kann, dann lässt sich sofort erkennen, wie wichtig es ist, über die Zivilgesellschaften neu nachzudenken.

1 Die Studie: Was uns als Forscherinnen und Forscher interessierte und welche Fragen wir dabei verfolgten

In der Stadtteilanalyse wurde die Frage nach der zivilgesellschaftlichen Partizipation und nach den Formen gesellschaftspolitischer Beteiligung in der Stadtgesellschaft exemplarisch an dem Stadtteil Köln-Kalk und hier insbesondere an den ‚Kalker Ereignissen‘ im Januar 2008 untersucht.

Der Stadtteil Köln-Kalk stellt einen durch Migration geprägten Stadtteil dar, der sowohl aus der historischen Entwicklung als alter Industriestandort als auch aus der aktuellen Entwicklung heraus als globalisiertes Quartier hoch divers ausgerichtet ist. Allerdings sind die Perspektiven für die Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund in dem Stadtteil, bspw. in Bezug auf die Bereiche Bildung und Erwerbsarbeit, stark eingeschränkt. Mit den ‚Kalker Ereignissen‘ wird nicht nur ein Schlussstrich unter die bisherigen Versuche gezogen, Zivilgesellschaft von oben zu installieren, sondern in Köln – ähnlich wie in anderen Städten auch – ein neues Kapitel in Sachen Zivilgesellschaft aufgeschlagen. Ein Blick auf die ‚Kalker Ereignisse‘ vom Januar 2008 legt jedenfalls diese These nahe.

In der Studie ging es unter anderem darum, die Perspektiven und Reaktionen der Beteiligten der Demonstrationen und der verschiedenen Akteurinnen und Akteuren im Stadtteil (u.a. der Bewohnerinnen und Bewohner, der Vereine, der sozialkulturellen und politischen Institutionen, der Jugendeinrichtungen, der Medien, der Polizei, der kommunalen Verwaltung usw.) zu untersuchen.

Ziel war, an dem konkreten Beispiel der ‚Kalker Ereignisse‘ das Potenzial zivilgesellschaftlicher Aktionen von Menschen mit Migrationshintergrund aufzuzeigen. Vor dem Hintergrund der Quartiersituation wurden die zivilgesellschaftlichen Beteiligungsformen erkundet und deren nachhaltige Wirkung analysiert. Dazu wurden die Auswirkungen, Nachwirkungen und Veränderungen im Stadtteil untersucht. Es ging darum, die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements ‚von unten‘, der Bevölkerung mit Migrationshintergrund für den Zusammenhalt der Gesellschaft aufzuzeigen.

Zwei Elemente fallen an den ‚Kalker Ereignissen‘ besonders auf: Zum einen führten sie unterschiedlichste Gruppen der allochthonen Bevölkerung, also Menschen mit unterschiedlicher Migrationsgeschichte, zusammen, auch wenn dem Stadtquartier entsprechend die Nachkommen der ‚Generation Gastarbeiter‘ dominieren. Zum anderen beteiligten sich (entgegen vielen Presseberichten) nicht nur die Jugendlichen, sondern auch viele Ältere, vor allem die Eltern der dritten Generation. Die Aktion war spontan, sie war *bottom up* ausgerichtet, setzte sich aus „den Vielen als Viele“ (Virno/Atzert 2005) zusammen, thematisierte zentrale gesellschaftliche Anliegen und akzentuierte Fragen des zukünftigen Zusammenlebens.

Einerseits galt es festzustellen, inwiefern es in Köln-Kalk als einem Stadtquartier, das einem starken Wandel ausgesetzt ist, trotz der Beteiligung an verschiedenen Projekten der Stadterneuerung nicht gelungen ist, die Gesamtbevölkerung mit ihren speziellen Kompetenzen zu nutzen und für die Mitarbeit bei der Bewältigung der urbanen Probleme zu mobilisieren. Andererseits galt es heraus zu arbeiten, welcher Stellenwert den ‚Kalker Ereignissen‘ in einem Quartier zukommt, das sowohl aus der historischen Entwicklung heraus als alter Industriestandort als auch aus der aktuellen Entwicklung heraus als globalisiertes Quartier hoch divers ausgerichtet ist und inwiefern sich Einblicke in informelle Partizipationsprozesse im Sinn eines *bottom up*-Vorgangs ergeben, die belegen, welches Potential das Quartier besitzt. Konkret ging es nicht nur darum, angesichts der Tatsache, dass sich große Teile der Bevölkerung sowohl vernachlässigt als auch ausgeschlossen fühlen, die Ereignisse unter dem Vorzeichen einer von unten neu aufgebrochenen zivilgesellschaftlichen Partizipation zu analysieren, sondern auch darum, zu prüfen, inwiefern eine solche Aktion eine etablierte Stadtgesellschaft insgesamt zu „beeindrucken“ vermag. Ist es gelungen, die Stadt zu mobilisieren und zu einer Neuorientierung gegenüber den Interessen der „Vielen als Viele“ zu motivieren? Lässt sich hier etwas von dem erkennen, was Ulrich Beck mit „Zwang zur Einsicht“ (Beck 2008, S. 211ff.) bezeichnet hat?

Mit den ‚Kalker Ereignissen‘ wurde unter die bisherigen Versuche einer Partizipation *top down* ein Schlussstrich gezogen und es wurde eine neue Form zivilgesellschaftlicher Partizipation *bottom up* erprobt. So konsequent diese Entwicklung auch erscheint, die Frage war, ob diese Aktion „der Vielen als Viele“ (Virno/Atzert 2005) tatsächlich anders als bisher nachhaltigere Effekte auszulösen vermochte. Wie weit können solche Aktivitäten das einlösen, was man sich überall in Europa von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in Einwanderungsgesellschaften verspricht? Kann man hier angesichts der großen Resonanz der ‚Kalker Ereignisse‘ in den Neuen Medien vielleicht von einer *e-Partizipation* im Sinn der neuen Initiative der *European Commission* für *eParticipation* sprechen (Ferro/Scholl/Wimmer 2008; Ulrich 2007)?

2 Woran wir aus der sozialwissenschaftlichen Forschung anknüpfen konnten

In der sozialwissenschaftlichen Forschung wurde die durch Mobilität und Einwanderung bedingte zunehmende Diversität von Stadtquartieren und damit die beschleunigte Globalisierung der Stadtgesellschaft lange Zeit getrennt von der Frage der Partizipation diskutiert. Heute wissen wir, dass beides substantiell zusammen gehört (Bertelsmann-Stiftung 2009; Boban 2008, Geisen/Riegel 2009; Schulze 2008; Behrens, Motte 2006: 9ff). Im Blick auf das urbane Zusammenleben hat man verschiedentlich versucht, dieser Erkenntnis gerecht zu werden, zuletzt unter dem Label „New Urban Governance“ (Häußermann 2006, S. 124). Oft wurde dabei Partizipation aber immer noch allenfalls im Sinn einer Ergänzung traditioneller politischer Strukturen gemeint, was Michael Krummacker (2002, 2003) schon früh kritisiert hat. Unter dem Eindruck globaler Erfahrungen mit Zivilgesellschaft wird heute zunehmend breiter angesetzt. So wird in dem von der Kölner Forschergruppe entwickelten Analysemodell der „Sozialen Grammatik urbanen Zusammenlebens“ die Partizipation unabhängig von den verschiedenen gesellschaftlichen Systemen einschließlich der Politik als eine eigenständige Größe, nämlich als Bestandteil globalgesellschaftlich ausdifferenzierter Öffentlichkeit betrachtet (Bukow u.a. 2001, S. 427ff., Bukow 2009). Unter Bezugnahme auf dieses Modell werden etwa im Verbundprojekt „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ der Bundesregierung Stadtentwicklungskonzepte gefordert (Steffen u.a. 2004), die der zunehmenden Diversität in den Quartieren besser Rechnung tragen. Entscheidend ist hier, dass die Stadtbevölkerung sich ihrer Kompetenzen bewusst wird und sich an der Stadtentwicklung im Sinn einer Zivilgesellschaft aktiv beteiligt, damit sich die urbanen Systeme besser auf eine sich schnell wandelnde globalgesellschaftliche Wirklichkeit einstellen können.

Auch in der eher ethnologisch orientierten Forschung ist man letztlich zu der gleichen Sichtweise gekommen. Hier war der Ausgangspunkt nicht die Erfahrung mangelhafter Partizipation neuer Bevölkerungsgruppen, sondern die Beobachtung, dass *schon immer* ganze Bevölkerungsgruppen *unterhalb* der etablierten Strukturen – wenn auch meist informell – partizipativ engagiert sind, um ihren urbanen Alltag angemessen meistern zu können. Als besonders typisch gelten in diesem Kontext die alten urbanen, inzwischen gentrifizierten Mischquartiere, insbesondere die gewachsenen Handels-, Hafen- und Bahnhofsquartiere. Wir zählen dazu auch die im Rahmen der Industrialisierung geschaffenen Quartiere des 19. und frühen 20. Jahrhunderts (Ottersbach/Yildiz 2004, S. 11ff.; Bukow 2010a). Angeführt werden aber auch Berlin-Prenzlauer Berg (Lanz 2007), der Frankfurter Gallus (Römhild/Bergmann 2003), in Tübingen das sanierte Franzosenviertel (Feldkeller 2001), das Berner Nordquartier (Stienen 2006), das Nordbahnviertel in Wien (Glaser/Klein 2007) oder das 13. Arrondissement in Paris, St. Pierre in Bor-

deaux oder La Croix Rousse in Lyon (vgl. Ottersbach 2004a). Auch global gibt es viele entsprechende Beispiele wie etwa in Toronto (Ipsen u.a. 2005) oder in Istanbul. Erol Yildiz und Birgit Mattausch (2009) haben noch eine ganze Reihe von weiteren Beispielen gesammelt und vorgestellt.

Schon aus den beiden hier zitierten Forschungsrichtungen wird erkennbar, dass spätestens dann, wenn historisch gewachsene Diversität und globalisierungsbedingte Diversität zusammen treffen, sich *bottom up* informelle Partizipationspraxen entwickeln, die nicht nur zum Garanten für formale Gleichstellung und individuelle Anerkennung aller Bevölkerungsgruppen avancieren, sondern zugleich auch zum Motor einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung werden können. Möglicherweise hat das mit einem Zwang zu praktischer Vernunft (Beck 2008, S. 94, 332f.) zu tun – einem Zwang zu soliden Formen eines Diversitäts-Arrangements, die gut vor dem Hintergrund einer „sozialen Grammatik urbanen Zusammenlebens“ re-interpretiert werden können. Dies gilt auch für marginalisierte Quartiere (Ottersbach 2004a, Ottersbach/ Zitzmann 2009).

3 Hintergrund und Kontext der Studie

Der Ort des Geschehens: Der Stadtteil Köln-Kalk⁵

Der Ort des Geschehens, Köln-Kalk – heute Teil des gleichnamigen Bezirks 8 Köln-Kalk – ist im Rahmen der Industrialisierung ab 1850 in 50 Jahren von einem Dorf mit 57 Einwohnerinnen und Einwohnern zu einer Stadt mit 20.600 Einwohnerinnen und Einwohnern angewachsen.⁶ Kalk wurde im Jahr 1881 Stadt. Zur Zeit der Eingemeindung nach Köln im Jahre 1910 siedelten sich hier 33 Industrieunternehmen an. Mit 27.100 Einwohnerinnen und Einwohnern war sie zu dieser Zeit eine der größten und wohlhabendsten Industriestädte im gesamten Lande Preußens. Was die Bevölkerungszusammensetzung betraf, so ist klar, dass faktisch die gesamte Bevölkerung einen Migrationshintergrund hatte. Sie stammte vorzugsweise aus dem preußischen Territorium (aus der Eifel genauso wie aus dem preußischen Polen), teils auch aus Belgien und Ruthenien. Es

5 Der folgende Abschnitt wurde bereits veröffentlicht (vgl. hierzu Bukow, Wolf-D./Pressing, Sonja 2010): „Wir sind kölsche Jungs“. Die „Kalker Revolte“ – Der Kampf um Partizipation in der urbanen Gesellschaft. In: Pilch Ortega, Angela/Felbinger, Andrea/Mikula, Regina/Egger, Rudolf (Hg.): Macht – Eigensinn – Engagement. Lernprozesse gesellschaftlicher Teilhabe. Wiesbaden, 151-172).

6 An der Kalker Hauptstraße siedelten sich unter anderem im Jahr 1856 die Maschinenfabrik für den Bergbau von Sievers & Co (später Deutz AG) und 1858 die Chemische Fabrik Vorster & Grüneberg (spätere Chemische Fabrik Kalk) an, 1862 wurde das Gaswerk errichtet.

ist davon auszugehen, dass hier wie im Ruhrgebiet ein starker Nationalisierungsdruck bestand und die Migrationsgeschichte schon früh verdrängt wurde.

Die bis zu diesem Zeitpunkt sehr erfolgreiche Stadtgeschichte erlebte danach drei massive Einbrüche, von denen sie sich jedes Mal nur schwer erholt hat. Die Entwicklungen in und nach den beiden Weltkriegen bildeten die ersten beiden Einschnitte: Sie führten zunächst zu einem Aufschwung durch die Rüstungsindustrie, brachten jedoch dann eine hohe Arbeitslosigkeit und massive Konversionsprobleme nach dem jeweiligen Kriegsende hervor. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es im November 1922 sogar zu Demonstrationen, Hungerunruhen, Plünderungen und Gefechten mit der Polizei.

Die Konsolidierungsphase nach dem Ersten Weltkrieg dauerte fast zehn Jahre. Diese wurde durch die Weltwirtschaftskrise 1929 noch einmal unterbrochen. Gleichzeitig bedeutete sie aber auch die Einführung neuer Produktionstechniken, die Vernichtung von Konkurrenz und die Verlängerung der Arbeitszeiten. Rund die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung verdiente ihr Geld in dieser Zeit als Tagelöhnerinnen und Tagelöhner oder war ganz ohne Arbeit. Nachdem der Stadtteil im Zweiten Weltkrieg zu 90 Prozent zerstört worden war, verlief die Konsolidierung diesmal sehr viel schneller als nach dem Ersten Weltkrieg. Am Ende stand die Vollbeschäftigung und als Folge erstmals seit langem wieder Arbeitskräftemangel. Anfang der 1960er Jahre kamen die ersten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter nach Kalk. Durch die Anzahl der verfügbaren Arbeitsplätze und durch die günstigen Mietpreise entwickelte sich Kalk zu dieser Zeit erneut zu einem Einwanderungsstadtteil. Allerdings kamen die Einwanderinnen und Einwanderer nicht mehr aus dem preußischen Einzugsbereich, sondern aus dem Mittelmeerraum.

Der dritte Einschnitt stand in Zusammenhang mit der Ölkrise der 1970er-Jahre, in deren Gefolge in Europa eine massive Entindustrialisierung an den alten Industriestandorten zu beobachten war. In dieser Situation wirkte sich im Stadtteil die Konzentration auf nur zwei (noch dazu) klassische Industriezweige katastrophal aus. Nach letzten Rationalisierungsversuchen kam es zur Schließung fast aller Fabriken.⁷ Über 8.500 Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren. Weil die betrieblichen Strukturen extrem homogen ausgerichtet und extrem einseitig auf industrielle Produktionsweisen abgestimmt gewesen waren, traf die Entindustrialisierung den Stadtteil mit voller Wucht. Die Arbeitslosenquote des Stadtteils pendelt seitdem um 25 Prozent: Von den betroffenen Personen ist aufgrund des deutschen Migrationsregimes eine große Zahl ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

7 1978 die Metallgießerei Peter Stühlen, 1979 die Stahlbaufirma Albert Liesegang, 1983 die Akkumulatoren-Fabrik Gottfried Hagen, 1983 die schrittweise Schließung der Klöckner Humboldt Deutz AG und schließlich die Chemischen Fabriken Kalk – zuletzt BASF.

Mit dem Beginn der Entindustrialisierung verwandelten sich die bisherigen Strukturstärken in ganz entscheidende Strukturschwächen. Das, was bisher so erfolgreich schien, sich nämlich auf eine monostrukturelle Industriepolitik zu konzentrieren und dadurch noch zusätzliche synergetische Effekte zu erzeugen, wirkte sich jetzt umgekehrt negativ aus, wobei sich die verschiedenen negativen Effekte wiederum synergetisch verstärkten. Was dabei noch zusätzlich beunruhigte, war, dass die Öffentlichkeit und die Politik diese Problematik erst extrem verspätet und oft noch nicht einmal in ihrer ganzen Brisanz erkannt haben.

- a. Eine Begleiterscheinung der Industrialisierung war, dass sich Verkehrsstränge ausgebildet haben, die den Stadtteil zunehmend vom urbanen Umfeld getrennt haben. Im Westen wie im Osten wird dieser heute von einem breiten Eisenbahngürtel begrenzt⁸. Im Norden wie im Süden sind zuletzt zwei dreispurige Stadtautobahnen hinzugekommen, so dass die letzten natürlichen Verbindungen zum Rest der Stadt gekappt wurden. Nur wenige Straßenachsen durchbrechen diese Abschirmung. Seit der Entindustrialisierung wirkt sich das, was früher als Standortvorteil erschien, extrem negativ aus, weil die Einwohnerinnen und Einwohner, da sie nur unzulänglich mit dem weiteren Umfeld verknüpft sind, jetzt in der schwierigen Situation kaum ausweichen und sich 'draußen' kaum neu orientieren können.
- b. Eine weitere Begleiterscheinung der Industrialisierung war die Belegung riesiger Flächen, die heute alle zur Disposition stehen. Längst ist das fast 40 Hektar große Gelände der ehemaligen Chemischen Fabrik Kalk (CFK) frei und, nachdem es zunächst wegen der eingetragenen chemischen Substanzen (u.a. Schwefel und Schwermetalle) saniert werden musste, steht es nun für eine wohldurchdachte Stadtentwicklung zur Verfügung. Allerdings hat man bisher die Gelegenheit nur dahingehend genutzt, eine neue Straßenstruktur sowie zwei direkte Autobahnanschlüsse zu schaffen, so als ob es nach wie vor darum ginge, neue Industrien anzulocken. Auch das Areal der Klöckner-Humboldt-Deutz-Werke ist unterdessen abgeräumt. Dabei wurde die Werkstraße zu einer Umgehungsstraße ausgebaut, mit dem Ziel, riesige Verkehrsströme zu lenken, die jedoch längst nicht mehr vorhanden sind.

Statt sich nun um eine nachhaltige und situationsscharfe Stadtentwicklung zu bemühen, orientiert man sich vielmehr an vagen überkommenen Stadtentwicklungskonzepten: Optimierung der Verkehrsanbindung, Bereitstellung möglichst großer Flächen für Investoren und Platzierung von quartierfremden Megabauten vom neuen Rathaus über die Rheinarena, das Polizeipräsidium, die Köln-

8 Im Osten grenzte der zeitweilig größte Güterbahnhof Westdeutschlands an, der bis heute noch nicht zurückgebaut ist.